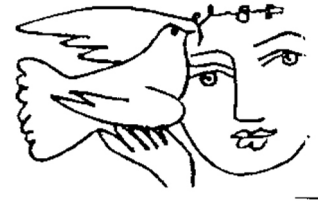


Antifaschismus – Geschichte und Gegenwart einer politischen Bewegung

Ulrich Schneider, Kassel – Beitrag für Workshop



Offenbar gibt es **Diskussionsbedarf** über Antifaschismus: Antifa in der Krise (Titel des Kongresses im Frühjahr 2014 in Berlin), „Antifa ist tot“ (Erklärung zur Selbstaflösung der ALB), Susann Witt-Stahl meint gar, dass Antifaschismus zu einer Legitimationsideologie des Neoliberalismus mutiert sei.

Weil Antifaschismus **keine Organisation, sondern eine politische Bewegung** ist, muss sich diese Bewegung in den verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungsphasen immer wieder der eigenen Position vergewissern. Natürlich wird diese Bewegung getragen von **Organisationen**, von denen die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) sogar schon 65 Jahre diesem Ziel verbunden ist. Aber keine Organisation kann einen „Alleinvertretungsanspruch“ für Antifaschismus erheben, da es sehr unterschiedliche Zugänge gibt.

Hilfreich für den Klärungsprozess ist ein **Blick in die Geschichte** dieser Bewegung, wobei sich daraus unterschiedliche Antworten zum Selbstverständnis ableiten lassen. Man kann die Bewegung in **vier große Phasen** einteilen, die mit ihren jeweiligen Bedingungen und Erfahrungen zum Selbstverständnis beitragen:

Die erste Phase beinhaltet die Weimarer Zeit,
die zweite Phase den Kampf gegen den Faschismus an der Macht,
die dritte Phase die Nachkriegserfahrung und
die vierte Phase die Öffnung für die nachgeborenen Generationen.

In der **Weimarer Republik** war Antifaschismus originär verbunden mit dem Handeln der Arbeiterbewegung und von linksorientierten bürgerlichen Kräften, die sich politisch den Arbeiterorganisationen verbunden fühlten.

Antifaschismus war in dieser Zeit verbunden mit einer Auseinandersetzung mit allen offen faschistischen und restaurativen Kräften, die zurück zu einer autoritären oder reaktionären Herrschaft wollten und die Ergebnisse der Novemberrevolution bekämpften. Dazu gehörten die nationalistischen und antisemitischen Kleingruppen ebenso, wie die monarchistisch geprägte DNVP, die für die Rückkehr des deutschen Kaisers eintrat. Diese anti- und konterrevolutionären Gruppen hatten sich – faktisch und zum Teil auch programmatisch – als Verteidiger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erwiesen, so dass Antifaschismus in dieser Zeit immer auch eine antikapitalistische Perspektive beinhaltete. Deutlich wurde das formuliert beim Aufruf der KPD zum „*Antifaschisten-Tag*“ 1924.

Auch in der Gründungsprogrammatik der „Antifaschistischen Aktion“ wurde diese antikapitalistische Perspektive des Kampfes deutlich formuliert. Dies sahen nicht nur die Kommunisten so, sondern auch die Autoren der „Weltbühne“ oder andere linke Intellektuelle.

Für die SPD, die sich seit Rudolf Hilferding als „*Arzt am Krankenbett des Kapitalismus*“ verstand, war logischerweise die antikapitalistische Perspektive nicht im Fokus, aber der Zusammenhang zwischen Faschismus und Sicherung der ökonomischen Herrschaftsinteressen wurde ebenfalls mehrfach formuliert. Als Gegnerin einer revolutionären Veränderung der Verhältnisse reduzierte die SPD ihren Antifaschismus auf die Bewahrung der Weimarer Republik, obwohl die politisch Herrschenden längst die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten durch Präsidialkabinette und Notverordnungspolitik ausgehöhlt hatten.

Die SPD verstand ihre Nazigegnerschaft in erster Linie als Bewahrung der politischen Verhältnisse, jedoch nicht als Erweiterung des Gestaltungsraums für demokratische oder gar sozialistische Veränderungen. Dies wurde in der Programmatik und der Strategie der „*Eisernen Front*“ deutlich, die sich mit ihrem Drei-Pfeile-Symbol gegen die drei „*Hauptfeinde der SPD*“ richtete: Die NSDAP, die Kommunisten und die Reaktionäre (DNVP).

Dass es auf diese Weise kein dauerhaftes Bündnis der antifaschistischen Kräfte geben konnte, ist nachvollziehbar. Während die eine Richtung Antifaschismus als Beitrag nicht nur der Bekämpfung des aufkommenden deutschen Faschismus, sondern auch als Zugang zur Überwindung der bestehenden kapitalistischen Ordnung verstand, sah die politisch schwächere Richtung (nicht bezogen auf die Zahl, sondern den gesellschaftlichen Einfluss) Antifaschismus als Möglichkeit der Bewahrung des status quo der gesellschaftlichen Ordnung.

Die ideologische Auseinandersetzung wurde mit großer Heftigkeit ausgetragen. Die SPD beschimpfte die linken Kräfte als „Kozis“, während die KPD die Sozialdemokraten bzw. ihre Führung als „Sozialfaschisten“ (kleine Zörgiebels) denunzierten.

Linke Intellektuelle glaubten dennoch, dass trotz dieser Unterschiede und Auseinandersetzungen ein Zusammengehen auf der Basis eines kämpferischen Antifaschismus möglich würde („Weltbühne“). Dass durch das Ausbleiben einer tatsächlichen antifaschistischen Einheit der Organisationen der Arbeiterbewegung diese den Vormarsch der NSDAP und die Machtübertragung an die Hitler-Regierung nicht verhindern konnten und anschließend durch den Faschismus an der Macht vernichtend geschlagen wurden, macht insbesondere die Tragik dieser Unterschiede in den antifaschistischen Konzeptionen aus.

Es war eine fundamentale Erkenntnis nach dem Ende des deutschen Faschismus, dass die Einheit der antifaschistischen Kräfte erst in faschistischen Haftstätten und Konzentrationslagern ermöglicht wurde.

Doch hiermit beginnt auch die **zweite Phase** der antifaschistischen Bewegung, die viel zur inhaltlichen Klärung des Begriffs beigetragen hat, nämlich das Handeln gegen einen Faschismus an der Macht. Während in den zwanziger Jahren der italienische Faschismus oder die autoritären Regime wie in Bulgarien das Vergleichsraster bildeten, erlebten die Nazigegner nun die schnelle und grundsätzliche Durchsetzung des autoritären Führerstaates, der im Interesse der wirtschaftlich Mächtigen und der militärischen Eliten die Gleichschaltung der Gesellschaft und die Vorbereitung des Krieges betrieb.

Dass dieser Staat als erstes die möglichen Gegenkräfte ausschalten musste, also die Organisationen der Arbeiterbewegung und ihre Aktivisten entweder eliminieren oder gesellschaftlich neutralisieren, ist nachvollziehbar.

Gleichzeitig begann der deutsche Faschismus – mit dem „Boykottaktionstag“ und den weiteren administrativen Maßnahmen – seine rassistische Unterfütterung der Ideologie in praktisches Handeln umzusetzen. Dabei kam dem Antisemitismus in dieser Phase noch eher eine

„Sündenbock“-Funktion zu, bevor im Laufe der faschistischen Herrschaft diese Maßnahmen bis zum eliminatorischen Antisemitismus und dem damit verbundenen Völkermord gesteigert wurden.

Aus dieser Frontstellung ergaben sich Konsequenzen für die antifaschistische Strategie und das Handeln der Nazigegner aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten und Gruppen. Antifaschismus in dieser historischen Phase bedeutete Handeln gegen die Ziele des Faschismus an der Macht. Somit gehörten Aktionen zur ideologischen Auseinandersetzung (Flugblätter, Parolen schreiben etc.) ebenso zum Antifaschismus, wie die Bewahrung der politischen Gruppenstruktur, die Solidarität mit anderen – aus welchen Gründen auch immer – Verfolgten sowie die Verteidigung der eigenen Überzeugung und Institution gegen den Machtanspruch des faschistischen Staates.

In dieser Auseinandersetzung ergaben sich recht ambivalente Konstellationen, insbesondere durch die Einbindung politisch heterogener Gruppen und Schichten. So ist es unstrittig, dass die politisch bewusste Gegnerschaft der Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter Widerstand darstellten. Wie aber ist die Haltung z.B. evangelischer Christen zu beurteilen, die im Frühjahr 1933 den starken Führerstaat begrüßten, andererseits auf ihrer kirchlichen Eigenständigkeit und konfessionellen Überzeugung gegen die NS-„Deutschen Christen“ beharrten? Sie haben sich immer dagegen verwahrt, „Widerstand“ zu leisten, ihr Handeln erwies sich jedoch in bestimmten Phasen als enormer Störfaktor zur Durchsetzung der faschistischen Volksgemeinschaftsideologie und nicht wenige ihrer Repräsentanten wurden durch den faschistischen Terrorapparat verfolgt.

Antifaschistischer Kampf bekam eine zunehmend internationalistische Dimension, sei es durch die Beteiligung deutscher Antifaschisten in den verschiedenen Strukturen der nationalen Widerstandsbewegungen (Spanischer Bürgerkrieg, Resistance etc.), sei es durch die internationale Solidarität der deutschen Antifaschisten mit ausländischen Zwangsarbeitern oder Mithäftlingen in den Konzentrationslagern und Haftstätten. Dabei waren die Zugänge von Menschen aus Ländern, die vom deutschen Faschismus okkupiert worden waren, teils recht ambivalent, vielfach konservativ oder nationalistisch begründet. Faktisch waren sie aber Teil der Anti-Hitler-Koalition.

Ich plädiere in diesem Zusammenhang für einen breiten Begriff von Antifaschismus, wobei das entscheidende Element die Frage des aktiven Handelns darstellt. „Innere Emigration“ mag honorig sein, zu Antifaschismus taugt dies jedoch nicht.

Eine besondere Schwierigkeit ergibt sich in der Bewertung des Handelns derjenigen, die in z.T. verantwortlicher Position an der Etablierung des Faschismus und bei der Durchsetzung seiner Ziele mitgewirkt haben, jedoch in der letzten Phase – quasi 5 Minuten nach 12 – die Seiten gewechselt haben und für ein Ende der NS-Herrschaft eingetreten sind, und damit sind nicht nur die Vertreter des 20. Juli 1944 gemeint. Hier ist es notwendig, sehr differenziert auf Motive, Zielstellungen (Gegen welche Aspekte der Herrschaft und mit welcher Vision handelte man?) und Wirkungen (Gab es Folgewirkungen über den eigenen Kreis hinaus?) des Handelns einzugehen. Pauschale Antworten verbieten sich dabei.

Die dritte Phase des Antifaschismus als Bewegung in Deutschland ist die Nachkriegszeit mit den beiden Polen „*antifaschistisch-demokratischer Neubeginn*“ und „*Restaurationspolitik und Renazifizierung*“ in den Westzonen bzw. der BRD.

Die Nazigegner unterschiedlicher politischer Orientierung hatten bereits in der Haft oder in der Illegalität Überlegungen angestellt, was aus Deutschland bzw. den vom Faschismus okkupierten Gebieten nach der Befreiung werden sollte. Ohne jetzt parteipolitische Orientierungen in den Mittelpunkt zu stellen, sollte, wie es im Schwur von Buchenwald heißt, der Nazismus mit seinen Wurzeln beseitigt und eine neue Welt des Friedens und der Freiheit geschaffen werden.

Bei aller politischen Unterschiedlichkeit war man sich doch einig, welche gesellschaftlichen Kräfte ausgeschaltet werden müssten und wie in sozialer Hinsicht eine Gesellschaft aussehen müsste, damit nicht noch einmal die Gefahr des Faschismus entstehe. Die inhaltlichen Kernpunkte fanden in der hessischen Landesverfassung und anderen frühen Landesverfassungen ihren Niederschlag.

Die Antifaschisten sahen ihre Aufgabe insbesondere in der Ausschaltung des Einflusses ehemaliger Nazis in Gesellschaft, Staat, Verwaltung und Wirtschaft. Dieses Thema wurde durch den unterschiedlichen Umgang mit ehemaligen Nazis in den verschiedenen Besatzungszonen und später in der BRD und der DDR zu einem dauerhaften Konfliktpunkt und zum Handlungsfeld der Antifaschisten

Um das Anliegen der Antifaschisten mit größerem Gewicht gesellschaftlich vortragen zu können, entstanden aus den Komitees der politischen Gefangenen oder anderen regionalen Gründungen die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“, die im März 1947 in Frankfurt/Main ihre Interzonale Dachorganisation schuf. Sie war eine der ersten von den Alliierten lizenzierte Organisation in allen vier Besatzungszonen. Diese gesamtdeutsche Struktur geriet zunehmend in Widerspruch zu den Spaltungstendenzen ausgehend von den Westmächten und den mit ihnen verbundenen deutschen Politiker.

Der Beginn des Kalten Krieges hatte massive Auswirkungen auf das politische Handeln und die Handlungsmöglichkeiten der antifaschistischen Kräfte. Wer in den Westzonen an den Idealen des antifaschistisch-demokratischen Neubeginns festhielt, galt als „Parteigänger“ Moskaus, die gleichberechtigte Zusammenarbeit mit Einrichtungen in der SBZ bzw. der DDR galt als „Landesverrat“. Dadurch wurde die ursprüngliche politische Breite der VVN massiv eingeschränkt, indem durch einen „Unvereinbarkeitsbeschluss“ Sozialdemokraten gedrängt wurden, die Organisation zu verlassen oder liberale und bürgerliche Kräfte mit finanzieller Förderung des Bundesinnenministeriums eine Konkurrenzorganisation ins Leben rief, um den Einfluss der VVN zu begrenzen.

Beide Versuche erwiesen sich auf lange Perspektive als wenig erfolgreich, führten aber dazu, dass diejenigen, die mit der VVN verbunden blieben, als Kommunisten stigmatisiert und in der BRD ausgegrenzt wurden (Blitzgesetze, Beamtengesetz, Berufsverbote, Verbote der Organisation etc.).

Aus politisch anderen Gründen, die aber ebenfalls ihre Wurzeln im Kalten Krieg hatten, wurde 1953 auch in der DDR dafür gesorgt, dass die VVN ihre Tätigkeit einstellte.

Trotz dieser gesellschaftlichen Ausgrenzung gab es vier Handlungsfelder, auf denen die VVN tatsächlich ein gewisses „Alleinstellungsmerkmal“ besaß, obwohl manchmal auch gesellschaftliche Partner in diese Tätigkeiten integriert werden konnten.

Das waren u.a.:

- a) Sozialpolitische Anstrengungen zur Wiedergutmachung und Entschädigung (BEG-Vertretung)
- b) Geschichtspolitische Arbeit zur Bewahrung der Erinnerung an die Frauen und Männer, die tatsächlich Widerstand geleistet hatten (gegen die Reduzierung auf 20. Juli 1944, Kirche und Weiße Rose)
- c) Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern und Versuche, sie juristisch zur Rechenschaft zu ziehen.
- d) Handeln gegen das Wiederaufkommen alt- und neofaschistischer Organisationen (HIAG, SRP, NPD etc.)

Einen gesellschaftlichen Schub erhielt diese Arbeit in den 60er Jahren, als nachgeborene Generationen und insbesondere junge Akademiker begannen, sich in Abgrenzung zu der Elterngeneration kritisch mit der NS-Zeit zu beschäftigen („*Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren*“).

Daraus entwickelte sich die **vierte Phase** des Antifaschismus als Bewegung, die bis heute gerechnet werden kann, nämlich die Öffnung der Organisation VVN und der gesellschaftliche Zugang zu dem Thema für Menschen, die weder durch das eigene Erleben noch familienbiographisch mit Antifaschismus und Widerstand verbunden waren. Dabei hatten natürlich Frauen und Männern aus dem Widerstand, die als Zeitzeugen über ihre Erfahrungen und ihren Kampf berichteten, einen sehr großen Einfluss (Vorbildfunktion, Beispiele für gesellschaftliche Alternativen etc.). Aber auch die Existenz einer offen faschistischen Partei NPD, von neofaschistischen gewalttätigen Strukturen oder die zunehmende staatliche Repression, die von einigen Gruppen als „Faschisierung“ bezeichnet wurde, sorgte für breite Aktivitäten.

Die Losungen „*Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!*“ entfalteten in dieser Zeit eine tatsächlich mobilisierende Wirkung. Die breite Friedensbewegung der 80er Jahre hatte in sehr starkem Maße eine historische Bezugsebene.

Drei **Handlungsebenen** der Antifaschisten prägten die letzten Jahrzehnte, wobei das Ende der DDR die Handlungsbedingungen massiv beeinflusst hat:

Kampf gegen Neofaschismus und Rassismus (insbesondere die rassistischen Pogrome von Hoyerswerda, Mölln, Rostock und Solingen)

Kampf um die Erinnerungskultur – „*Bibliothek des Widerstands*“, „Barfußhistoriker“ und Geschichtswerkstätten, später Kampf gegen die Abwicklung des Antifaschismus der DDR

Verschiedene Organisationsformen der antifaschistischen Bewegung (autonome Strukturen, jedoch mit eingeschränkter Halbwertszeit => sehr ausdifferenziert von „*Ein-Punkt-Bewegungen*“ zu marxistischen Gesellschaftskonzepten)

Welche mobilisierende Wirkung Antifaschismus haben kann, zeigte sich in der NoNPD-Kampagne. Selbst wenn gegen diese Aktionsform eingewandt wurde, damit würden „Illusionen“ über den Staat geschürt, ist das Ergebnis – die 175.000 Unterschriften – ein deutliches Signal, welche unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen man mit antifaschistischen Inhalten erreicht.

Parallel dazu entwickelte der gesellschaftliche Widerstand gegen Naziaufmärsche eine zunehmend direktere Perspektive, die bis zu der heutigen Losung reicht: „*Blockieren ist unser*

Recht!. Am sichtbarsten ist diese Tendenz bei dem Widerstand gegen den internationalen Neonazi-Aufmarsch in Dresden im Februar geworden.

Die NoNPD-Kampagne zeigte auch, dass sich im organisierten antifaschistischen Spektrum unterschiedliche politische Orientierungen wiederfinden können. Antikapitalistische Überzeugungen sind originäre Bestandteile antifaschistischer Orientierung, sie sind jedoch nicht Voraussetzungen für antifaschistisches Handeln.

Wenn man **Antifaschismus als Zukunftsentwurf** („*Antifaschismus ist mehr als eine Gegenbewegung*“) begreift, dann sind als gemeinsame Basis für antifaschistische Überzeugungen folgende Punkte zu benennen:

- der Erhaltung und die Erweiterung demokratischer Rechte und Freiheiten,
- die Ausweitung der politischen und gesellschaftlichen Partizipation,
- friedliche Konfliktlösungen – insbesondere in zwischenstaatlichen Konflikten, die abgehen von militärischer Dominanz und Durchsetzung imperialer Interessen,
- der Auf- und Ausbau einer solidarischen Gesellschaft, die keine rassistischen oder sozialen Ausgrenzungen zulässt und soziale Sicherungssysteme entwickelt, die jedem ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Dazu gehören das Recht auf Arbeit und Wohnung und die Verwirklichung einer umfassenden sozialen Gerechtigkeit, das Rechts auf Asyl und die Hilfe für Flüchtlinge,
- die Anerkennung der historischen Leistungen der Frauen und Männer aus dem antifaschistischen Kampf, ein angemessenes Gedenken der Opfer und damit die Entwicklung eines antifaschistischen Geschichtsbildes.

Wichtig ist bei diesen Forderungen nicht die inhaltliche Anerkennung aller gesellschaftlichen Perspektiven, sondern das aktive Handeln für diese Ziele („*Antifaschismus ist Humanismus in Aktion*“).

Trotz dieser vom Grundgesetz und den Landesverfassungen gedeckten Perspektiven gilt Antifaschismus seit Jahrzehnten als Feindbild staatlicher Verfolgungsorgane. Es wäre ein eigenes Thema, die Haltung staatlicher Organe gegenüber Antifaschismus und Antifaschisten nachzuzeichnen. Erkennbar ist, dass die politisch Herrschenden – abgesehen von kurzen Phasen der Annäherung – antifaschistische Politik als Infragestellung des status quo verstanden und entsprechend als Bedrohung ihrer Herrschaft verfolgen ließen. Selbst dort, wo rhetorische Anleihen an antifaschistische Erfahrungen genommen werden, wird unter „Antifaschismus“ immer auch die Möglichkeit (oder Gefahr – je nach Haltung) der Gesellschaftsveränderung verstanden.

Belegstellen und weiterer Hinweise vgl. Ulrich Schneider, Antifaschismus, Reihe: Basiswissen Geschichte/Politik/Ökonomie, PapyRossa Verlag Köln 2014, 135 S., ISBN 978-3-89438-543-9

Dr. Ulrich Schneider ist Historiker und Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten sowie Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR)